



Organspenden besser verankern

Im Grunde sind die Deutschen, was das Spenden anbelangt, großzügig. Die Sozialisation eines modernen Sozialstaates bringt es mit sich, dass Hilfe gewährt wird, wenn sich andere in Not befinden. Rund zwei Mrd. Euro und zahlreiche Sachspenden kommen so trotz Wirtschafts- und Finanzkrise jährlich zusammen.

Bei der Organspende ist das etwas anderes. Hier gibt es einen eklatanten Mangel an Spenderorganen, was dazu führt, dass statistisch gesehen täglich drei Menschen sterben, weil sie nicht rechtzeitig ein lebensrettendes Spenderorgan erhalten. Bemerkenswert ist dabei auch, dass Deutschland aus anderen europäischen Ländern mehr Organe erhält als es selbst spendet. Finanzielle Großzügigkeit kann diesen Mangel nicht kompensieren. Um diesem aber entgegen zu wirken, hatten Politiker aller Parteien Ende letzten Jahres angekündigt, das Transplantationsgesetz (TPG) parteiübergreifend verändern zu wollen. Insbesondere die öffentlich umfassend kommunizierte Organspende des SPD-Fraktionsvorsitzenden *Frank-Walter Steinmeier* hatte ein Diskursklima geschaffen, das dieses Thema ein wenig zu enttabuisieren vermochte und eine breite Zustimmung jenseits aller Ideologieströmungen in der Bevölkerung erzeugte. Dennoch geriet die Reform ins Stocken und es ist *Prof. Dr. Norbert Klusen* zuzustimmen, wenn er kürzlich dazu aufrief, die Diskussion zu entemotionalisieren und wie ursprünglich beabsichtigt, die fraktionsübergreifende Reform des TPG nunmehr zügig auf den Weg zu bringen, um den Bedürfnissen der Wartelistenpatienten aber auch der potenziellen Organspender und ihrer Angehörigen Rechnung zu tragen. Und in der Tat ist es an der Zeit, dass durch legislative Vorgaben Strukturen und Prozesse angestoßen werden, die es den Bürgern ermöglichen, Entscheidungen zu treffen, die den Transparenz- und Informationsnotwendigkeiten Rechnung tragen, die die Situation der Lebendspender verbessern und die letztendlich die Einrichtung eines Organspenderegisters ermöglichen.

Natürlich ist eine Finanzentscheidung – die Hilfe mittels Geld, was wieder beschaffbar ist – etwas anderes als die Entscheidung für einen lebensrettenden Körpereingriff. Und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass viele Menschen sich mit diesem Thema noch nicht umfassend beschäftigt haben. Eine mögliche Entscheidungspflicht ggf. noch mit Sanktionen verbunden, könnte vor diesem Hintergrund dann sicher und verständlicher Weise auch zur Ablehnung führen. Dies macht deutlich, dass das Thema umfassend in der Gesellschaft rational zu verankern ist. Gelingt dies, würde sich die defizitäre Situation bei den Organspenden deutlich verbessern.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Rolf Stuppardt